

Gemeinsam entscheiden in der Gemeinde
www.gemeinsam-entscheiden.at

Politik mit Bürger*innen gestalten

Ergebnis eines Kooperationsprojekts

SK-Prinzip¹ Team: Dominik Berger, Dorothea Erharter, Erich Visotschnig, Volker Visotschnig

SKM² Team: Barbara Strauch, Wolfgang Kogler, Werner Kratochwil

2. Auflage, April 2020



Inhalt

Innovationen aus und für Österreich.....	3
Entstanden aus der Praxis – Beispiel Munderfing.....	4
Analyse der bestehenden Situation.....	4
Politikstudie von Uni Graz und IFES.....	4
Befragung im Rahmen des Projekts.....	4
Kriterien für das Modell.....	5
Das Modell.....	5
Ausprägungen des Modells.....	6
Modellvariante “Pragmatisch”.....	6
Modellvariante “Munderfing”.....	8
Modellvariante BürgerInnen-Jury.....	9
Modellvariante „Liquidier BürgerInnen-Entscheid“.....	10
Modellvariante Visionär “Soziokratie“.....	11
Partizipationsentwicklung für Gemeinden.....	13
Wie werden Sie Pioniergemeinde?.....	14
Wie strahlt das Modell aus? Wie geht es weiter?.....	14
ProzessbegleiterInnen.....	14



Innovationen aus und für Österreich

Das Politikinteresse befindet sich in Österreich auf einem „dramatisch“ niedrigen Niveau. Konkret geben nur 19 Prozent der Befragten an, politisch interessiert zu sein.³ Die Unzufriedenheit mit der Arbeit der heimischen Politiker ist ebenso gestiegen wie die Forderung nach einem Ausbau der direkten Demokratie.

*„Junge Menschen sind nicht politikverdrossen,
sondern Parteipolitik-verdrossen“*

Zitat aus unserer Politikerbefragung.

Das muss nicht so sein!

Wir, eine Gruppe von ExpertInnen aus Soziokratie und SK-Prinzip („Systemisches Konsensieren“), haben daher ein Jahr lang alle uns zugänglichen partizipativen Methoden verortet, diejenigen Methoden ausgewählt, die uns sinnvoll erscheinen, und darauf aufbauend ein **politisches Modell für österreichische Gemeinden entwickelt, die kooperativere Entscheidungen und mehr Bürgerbeteiligung wollen**. Wir möchten es engagierten politisch Aktiven leichter machen im Interesse der Bevölkerung ihre herausfordernde Arbeit meistern zu können.

Wir möchten politische Innovationen schaffen ...

- **Für die Menschen in unserem Land:** Wir haben daran gearbeitet, dass Menschen bei dem, was sie betrifft, real mitgestalten können.
- **Für PolitikerInnen:** Wir haben Prozesse entwickelt, die PolitikerInnen und alle in ihrer Gemeinde lebenden BürgerInnen unterstützen sollen, ihre Potentiale fruchtbringend zu aktivieren. PolitikerInnen sollen ihre Gestaltungskraft behalten, wo es sinnvoll ist, und BürgerInnen bei Dingen, die sie betreffen, real mitgestaltend einbinden können.
- **Für MitarbeiterInnen in Dienststellen:** Wir haben mitbedacht, wie Beteiligungsprozesse gut initiiert, koordiniert und einfach umgesetzt werden können.
- **Alle** sollen dort, wo sie leben, gerne leben und mitgestalten können.



Entstanden aus der Praxis – Beispiel Munderfing

Bereits 2015 hat die oberösterreichische Gemeinde Munderfing als erste Gemeinde Österreichs das Systemische Konsensieren (SK) im Gemeindeleitbild verankert. Von 2016 bis 2018 hat die Gemeinde in einem vom SK-Team begleiteten Prozess gemeinsam mit BürgerInnen ein Bürgerbeteiligungsmodell für Munderfing⁴ entwickelt und anhand von realen Beispielen erprobt. Ziel war es, dass ein Modell entsteht, das auch für andere Gemeinden anwendbar ist. Dieses Projekt ist in unsere Arbeit eingeflossen und wird als eine Modell-Ausprägung später noch genauer erläutert.

Analyse der bestehenden Situation

Politikstudie von Uni Graz und IFES

Laut der eingangs zitierten Studie halten sich zumindest 48 Prozent der Wahlberechtigten „so ungefähr“ auf dem Laufenden, 33 Prozent kümmern sich im Gegensatz dazu so gut wie gar nicht um das Thema Politik. Von den unter 30-Jährigen ist sogar die Hälfte komplett desinteressiert. Laut Studiengruppenleiter Max Haller geht aus dem Vergleich deutlich hervor, dass sich das Interesse an der Politik weiter verschlechterte und mittlerweile als „dramatisch niedrig“ zu bezeichnen ist. Die Studie weist auch schlechter werdende Noten für Abgeordnete aus.

Zugleich sind 80 Prozent der Befragten für mehr direkte Demokratie.

Befragung im Rahmen des Projekts

Wir haben im Rahmen des Projekts 16 Interviews mit politisch Aktiven verschiedenster Parteien geführt. Im Detail wird das Ergebnis am Kongress-Stand vorgestellt.

Folgende exemplarische Statements zeigen auf, was zu verändern und was zu behalten ist:

- „Wir verlieren viele gute und engagierte Menschen und Ideen wegen dem Mehrheitsprinzip.“
- „Ich möchte die gute sachpolitische Arbeit in meinem Ausschuss beibehalten.“
- „Junge Menschen sind nicht Politikverdrossen, sondern Parteipolitik-verdrossen.“

Tabelle 1: Akzeptanz von Aussagen zu Bürgerbeteiligung

Aussage	Akzeptanz
Bei Entscheidungen, die mich betreffen, möchte ich die Möglichkeit haben, mitentscheiden zu können.	99,9%
Ich traue BürgerInnen zu sich bei Themen, die sie betreffen, so zu informieren, dass sie mitentscheiden können.	61,0%
In meiner Gemeinde gibt es ein kooperatives Klima im Gemeinderat.	44,0%
In meiner Partei gibt es unter den Gemeinderäten ein kooperatives Klima.	74,0%
In meiner überregionalen Partei-Organisation gibt es ein kooperatives Klima.	69,0%



Die Bewertung von Aussagen auf Stimmigkeit untermauert den Wunsch nach Mitentscheidung und Mitgestaltung. Gleichzeitig gibt es Bedenken beim Mitentscheiden von BürgerInnen. Auch bei der Gestaltung eines kooperativen Klimas gibt es Handlungsbedarf.

Allein schon das meistens angewandte Mehrheitsprinzip erschwert ein kooperatives Klima, weil es Polarisierungen fördert. Unserer Erfahrung nach zeigt hier eine Veränderung der Entscheidungskultur und Entscheidungsmoderation große Wirkung.

Kriterien für das Modell

Zu Beginn unserer Arbeit am politischen Modell haben wir über acceptify⁵ Kriterien gesammelt und „konsensiert“⁶. Folgende Kriterien dienen als Leitrichtung für die Modellentwicklung:

- Das Modell kann bei bestehenden Gremien eingesetzt werden.
- Das Modell sorgt dafür, dass die Stimme von jedem Betroffenen ein faires Gewicht bei der Entscheidung erhält.
- Das Modell erhöht die politische Wirksamkeit des einzelnen.
- Das Modell ist anschlussfähig für partizipativ gestaltungswillige PolitikerInnen
- Das Modell ermöglicht eine differenzierte Einflussnahme der BürgerInnen bei Gemeindeangelegenheiten und Gesetzgebung
- Das Modell ermöglicht Kreativität durch das Organisieren von Diversität.
- Es bildet einen Rahmen für ein friedliches Miteinander und notwendige Auseinandersetzungen.

Das Modell

Wir haben einen „Werkzeugkasten“ entwickelt, der aus vielen verschiedenen Komponenten besteht. Diese Komponenten können in jeder Gemeinde nach Belieben zusammengestellt werden, so dass den Anforderungen der jeweiligen Gemeinde gut Rechnung getragen werden kann. Eine Gemeinde könnte z. B. zunächst einmal ein „Unmutsbarometer“ einführen, mit dem erkannt werden kann, welche Probleme den Gemeindemitgliedern dringend erscheinen. Eine andere Gemeinde könnte im Gemeinderat mit innovativen Entscheidungsmethoden experimentieren, die zu mehr Kooperation und weniger Polarisierung führen. Eine dritte Gemeinde, die bereits mehr Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung hat, möchte vielleicht gleich ein konkretes Problem mittels einem digital unterstützten Beteiligungsprozess angehen.

Unser Team aus erfahrenen EntscheidungsexpertInnen und –ModeratorInnen kann dabei beraten, welche Komponenten für die jeweilige Gemeinde sinnvoll sind, und dabei helfen, ein maßgeschneidertes und situativ adaptierbares Modell zusammen zu stellen.



Darum haben wir drei Dinge im Gepäck:

1. Einen großen Werkzeugkoffer, bestehend aus 90 Partizipations-Elementen, die wir auf Basis der langen Beschäftigung mit dem Thema für sinnvoll halten.
2. Einen Prozess um für Gemeinden ein maßgeschneidertes Modell zu finden und einzuführen, mit dem die Unterschiedlichkeit von Kulturen, bisherigen Erfahrungen mit aktuell gelebter Demokratie und Unterschiedlichkeit der handelnden Personen bestmöglich berücksichtigt werden kann.
3. Die Prozessbegleitung durch erfahrene SK- und SKM-ExpertInnen, damit die Umsetzung in der Gemeinde gut gelingen kann.

Ausprägungen des Modells

Die Komponenten des Werkzeugkoffers können sehr unterschiedlich zusammengestellt werden. Zur Veranschaulichung haben wir beispielhaft einige Modellausprägungen zusammengestellt.

- Pragmatisch
- Munderfinger Modell
- BürgerInnenjury
- Liquider Bürgerentscheid
- Visionär: Soziokratie

Während Bürgerbeteiligungsmodelle häufig einen fixen Ablauf haben, ist ein Vorteil des von uns entwickelten Modells, dass Beteiligungsprozesse anlassbezogen unterschiedlich gestaltet werden können.

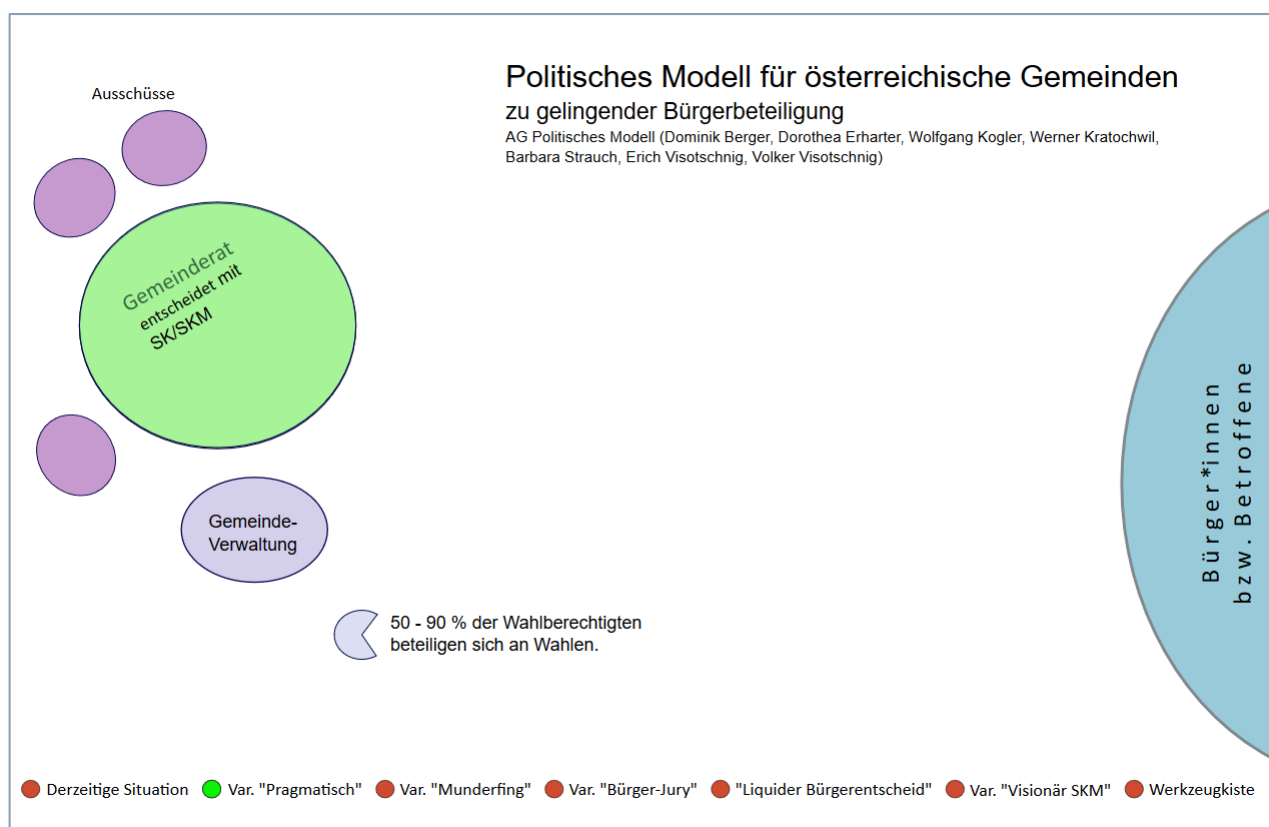
Modellvariante “Pragmatisch”

Voraussetzung: Der Gemeinderat hat eine Vision für ein anderes Miteinander oder eine große Unzufriedenheit über das bisherige Prozedere (Leidensdruck).

Vorteil: Pragmatisch umsetzbar und bringt unmittelbaren Nutzen. Keine strukturellen Veränderungen notwendig.

Nutzen: Bei strittigen Themen kommt man schneller und zufriedener zum Ergebnis. Die Gruppenintelligenz wird aktiviert.

Nachteil: Bürgerbeteiligung ist nicht adressiert, ein Lernen in den Gremien ist erforderlich.



Bei dieser Variante bleibt fast alles „beim Alten“. Es gibt keine neuen Gremien. Die einzige Veränderung: Dabei kann die soziokratische Sitzungsgestaltung genutzt werden. Ergebnisse sind Entscheidungsempfehlungen, die dann gemäß Statut mit Ja-Nein-Abstimmungen bestätigt werden müssen.

Sinnvoll ist es, diesen Prozess anfangs extern begleiten zu lassen und ein Budget für Entscheidungsbegleitung vorzusehen. Als Ansprechpartner für die externen Begleiter werden 3 Personen aus dem Gemeinderat in einen Arbeitskreis „Implementierung“ gewählt (mittels SK).

Gemeinderatssitzungen (bzw. Ausschüsse) laufen folgendermaßen ab:

- Vor Gemeinderatssitzungen entscheiden der/die BürgermeisterIn, der Arbeitskreis Implementierung und der/die externen ProzessbegleiterIn gemeinsam, welche Themen mittels SK vorbereitet werden sollen.
- Der/die ProzessbegleiterIn moderiert während der GR-Sitzung die Entscheidungsvorbereitung bzw. Entscheidungsfindung im Gemeinderat mit SK und soziokratischen Elementen wie Meinungsrounden.
- Der AK Implementierung, der Bürgermeister, freiwillige aus dem Gemeinderat und der/die externe BegleiterIn reflektieren den Prozess.

Die Mitglieder vom AK Implementierung sowie weitere Freiwillige werden in kooperativer Entscheidungsfindung (SK und SKM) geschult. Einmal jährlich wird das Modell im erweiterten Gemeinderat kurz vorgestellt, und es wird entschieden, ob weitere partizipative Komponenten implementiert werden sollen.

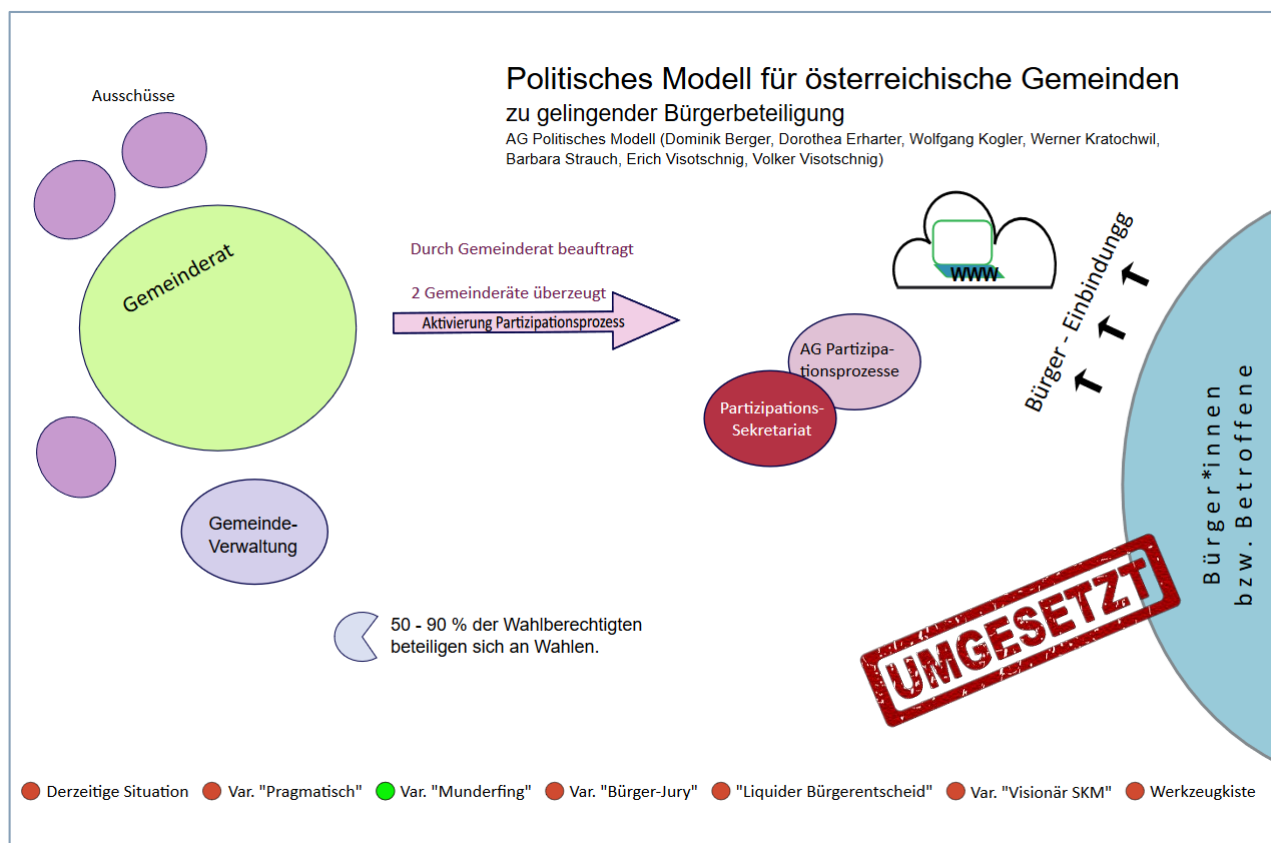


Modellvariante "Munderfing"

Voraussetzung: Wunsch nach Bürgerbeteiligung und Freiwillige vom GR und der Bevölkerung. Konkrete Themen mit Potential für Bürgerbeteiligung.

Nutzen: Weniger Streit und Konflikte durch gelungenen Umgang mit Veränderung in der Gemeinde. Bürgernähe, pragmatischer und erprobter Schritt zu mehr direkter Demokratie. Transparenz der Entscheidung und reduzierter Entscheidungsdruck durch geteilte

Verantwortung. Einsatz der "Weisheit der Vielen", gute Ideen werden gehört und umgesetzt. Würdigung der verbleibenden Arbeit des Gemeinderats und Entlastung des Gemeinderats. BürgerInnen mit in die Verantwortung nehmen. Vitalität der Gemeinde steigern, Abwanderung verhindern, Gestaltungsenergie der jungen Generation in der Gemeinde halten.



Diese Variante wurde in der Gemeinde Munderfing gemeinsam mit SK-ExpertInnen entwickelt. Der Gemeinderat lädt die Bevölkerung zur freiwilligen Mitarbeit in einer "Arbeitsgruppe Partizipationsprozess"⁷ nach dem Prinzip: „arbeite mit denen, die wollen“ ein. Diese AG trifft selbst keine Entscheidungen und erhält eine Kurzschulung über SK/SKM, die relevanten Fragen einer Entscheidung, sowie Kurzinfo zum Modell. Einmal jährlich wird das Modell im erweiterten Gemeinderat kurz vorgestellt und es wird entschieden, ob weitere partizipative Komponenten implementiert werden sollen.



Eine Entscheidung läuft folgendermaßen ab:

1. Gemeinderat/BürgermeisterIn gibt Thema und Rahmen für die "AG Partizipationsprozesse" vor. Die „AG Partizipationsprozesse“ bereitet einen Bürgerbeteiligungsprozess für ein konkretes Thema vor. Die AG entscheidet darüber, wie der Prozess genau abläuft und wer wie eingebunden wird.
2. Dem Prozess der AG folgend finden die BürgerInnen/Betroffenen Lösungen auf der Sachebene zum Thema. Dieser Prozess wird extern moderiert. Acceptify als das digitale SK-Tool kann unterstützend genutzt werden.
3. Die gefundenen Lösungen dienen als **Entscheidungsempfehlung** an den Gemeinderat.
4. Der Gemeinderat entscheidet. Hält er sich nicht an die Empfehlung, ist das gut zu begründen.
5. Reflexion der Prozesse in der AG - Ergebnisbericht an den Gemeinderat

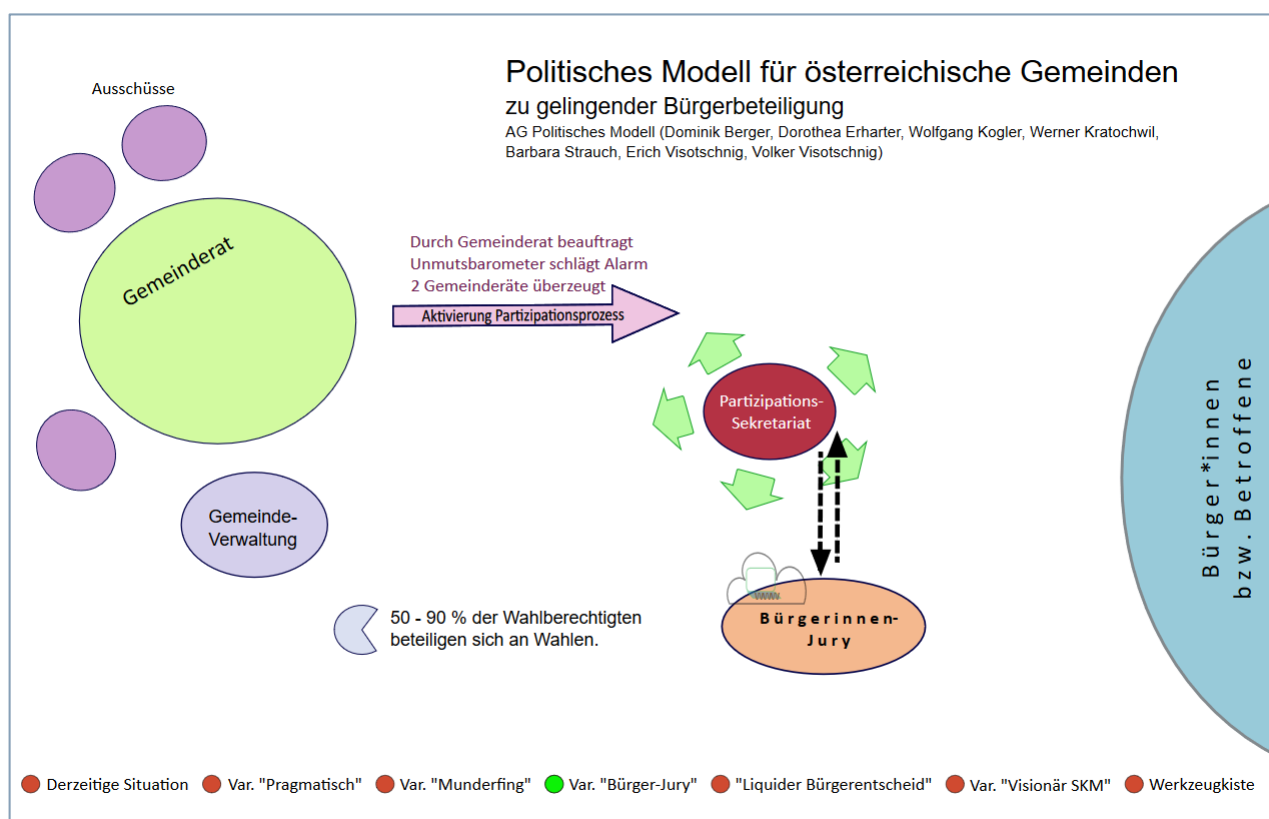
Modellvariante BürgerInnen-Jury

Voraussetzungen: Bereitschaft zur regelmäßigen Beteiligung. Bereitschaft seitens des Gemeinderats, Entscheidungen zu delegieren.

Nutzen: Entscheidungen mit hoher Qualität auf Basis ausgewogener Informationen.

Vorteil: Nur diejenigen entscheiden mit, die sich auch mit-informiert haben.

Nachteil: Es ist ein längerer Prozess. Der Gemeinderat muss „Macht abgeben“.



Bei dieser Variante delegiert der Gemeinderat bestimmte Entscheidungen an eine BürgerInnen-Jury. In diesem Gremium sitzen alle Stakeholder, alle interessierten Freiwilligen und/oder geloste



VertreterInnen der Bevölkerung. Die BürgerInnen-Jury sammelt über einen längeren Zeitraum ausgewogene Informationen zum Thema und trifft dann eine Entscheidung. Mit welchen Methoden sie das tut, bleibt ihr überlassen.

Im Folgenden wird beispielhaft beschrieben, wie diese Variante im Detail aufgebaut werden kann. Damit soll zugleich gezeigt werden, wie unser politisches Modell an die Gegebenheiten einer Gemeinde angepasst werden kann.

Eine BürgerInnen-Jury kann von einer AG Partizipationsprozesse begleitet werden (siehe Var. Munderfing), oder von einem Partizipationssekretariat. Dies ist ein eigenständiger Teil der Gemeindeverwaltung, achtet auf eine geeignete Zusammenstellung der BürgerInnen-Jury und ausgewogene Informationen. Es kann die Aufgabe erhalten, in der Gemeinde methodisches Knowhow zu verbreiten und kann auch mit einem eigenen Budget ausgestattet werden.

Ein partizipativer Prozess kann auf drei Arten gestartet werden:

- beauftragt durch den Gemeinderat;
- indem von den BürgerInnen zwei Gemeinderäte überzeugt werden;
- indem ein Unmutsbarometer „ausschlägt“ und anzeigt, dass zu einem bestimmten Thema ein Beteiligungsprozess sinnvoll ist.

All diese Elemente können maßgeschneidert kombiniert werden.

Modellvariante „Liquider BürgerInnen-Entscheid“

Voraussetzungen: Online-Konsensierungssystem (acceptify) ist implementiert und für alle BürgerInnen zugänglich. Für nicht Internetnutzende wird ein Partizipationsbüro eingerichtet. Ein "Unmutsbarometer" ist eingerichtet. Räumlichkeiten für die Arbeit des unabhängigen Info-Beirats sind vorhanden. Die gängigen Medien sind dort frei zugänglich.

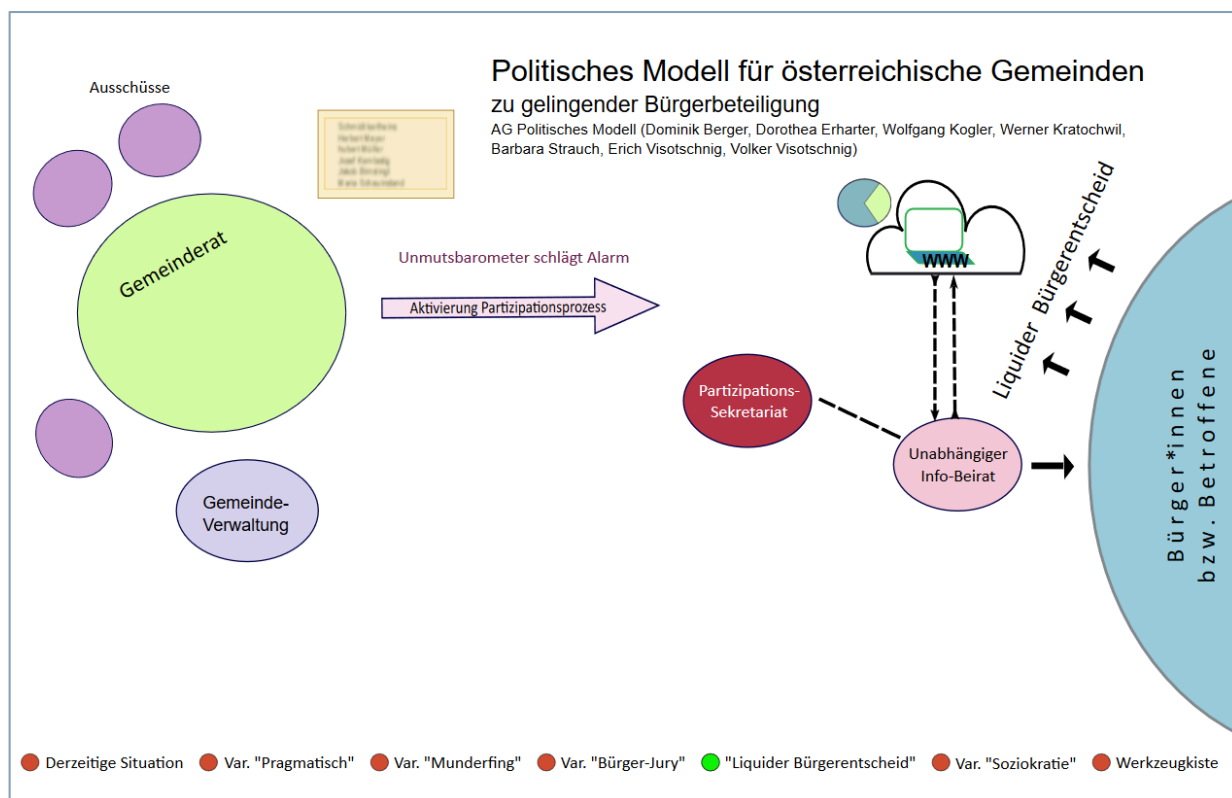
Nachteil: Relativ hoher Lern- und Implementierungsaufwand.

Nutzen: Gemeinderat und Bevölkerung werden zu einer Einheit, die zum Wohle aller tätig ist. Tragfähige Entscheidungen sind zu erwarten.

Vorteil: Dynamisches Optimum zwischen repräsentativer und direkter Demokratie. .

Organisiert wird dieser Prozess von einem Partizipationssekretariat (siehe Var. BürgerInnen-Jury) oder einer AG Partizipationsprozesse (siehe Var. Munderfing), je nachdem, ob die Gemeinde eher auf Freiwillige oder auf die Gemeindeverwaltung setzt.

Ein wesentliches Element ist der unabhängige Info-Beirat, zu dem alle BürgerInnen eingeladen sind. Er soll gewährleisten, dass die Bevölkerung mit ausgewogenen Informationen zum Thema versorgt wird. Ein „Thematischer Arbeitskreis“ des Gemeinderats durchleuchtet das Thema so fundiert und so objektiv wie möglich. Die Informationen zum Thema im Netz und in den Medien werden vom unabhängigen Info-Beirat hinsichtlich Wahrheitsgehalt und Relevanz durchleuchtet und bewertet. SK ermöglicht es in großen Gruppen zu tragfähigen Entscheidungen mit breiter Akzeptanz zu kommen.



Liquide ist ein Bürgerentscheid dann, wenn die Entscheidungshoheit zwischen Gemeinderäten und Bevölkerung je nach Sachthema „fließt“. Je mehr BürgerInnen selbst mitentscheiden, desto weniger Gewicht hat der Gemeinderat. Bei eher operativen Themen entscheiden wahrscheinlich Repräsentanten für die BürgerInnen, bei eher strategischen Themen wird der Grad an direkter Mitwirkung steigen.

Weitere mögliche Elemente: Ein Ummutsbarometer zeigt an, zu welchen Themen Handlungsbedarf besteht, und setzt einen Partizipationsprozess in Gang. Eine Ehrentafel zeigt an, welche BürgerInnen bzw. Gemeinderäte sich um die Mitsprache in der Gemeinde besonders verdient gemacht haben. Einmal im Jahr erfolgt eine Ehrung im Rahmen einer Feier.

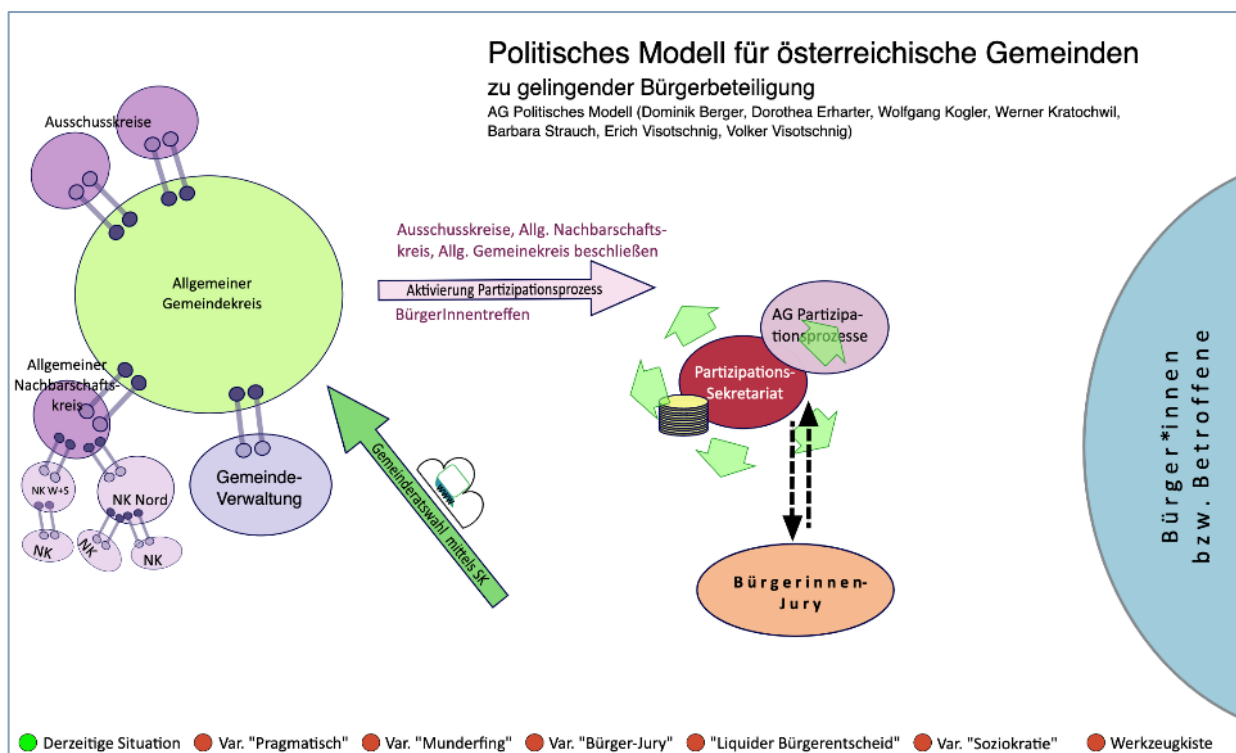
Modellvariante Visionär “Soziokratie“

Voraussetzungen: Die Gemeinde hat bereits Erfahrung mit Soziokratie und Partizipation gesammelt (z.B. soziokratisch arbeitenden Wohnprojekte oder New Work Unternehmen) und ist bereit, das Parteiensystem zu verlassen.

Nutzen: Stärkung der Nachbarschaft, Kooperation und Problemlösung im kleinen Verbund führt zur Selbstermächtigung der BürgerInnen

Vorteile: Ein starker Zusammenhalt und eine große Umsetzungskraft der Gemeinde entsteht durch das Arbeiten mit einer klaren gemeinsamen Ausrichtung und unter Einbeziehung von Widerständen.

Nachteile: Relativ hoher Lern- und Implementierungsaufwand.



Die SKM wird hier im Gemeinderat und seinen Ausschüssen völlig implementiert. Dazu wird ein Ausschuss gebildet, der die Implementierung plant und umsetzt. Amtsleiter und Ombudsmann/frau des Gemeindeamts sitzen zusätzlich im Gemeinderat und sichern die Umsetzbarkeit von Beschlüssen. Das Partizipations-Sekretariat unterstützt die Bildung von Nachbarschaftskreisen, die selbständig Probleme in der eigenen Nachbarschaft lösen und Projekte umsetzen und damit den Zusammenhalt in der Nachbarschaft stärken. Jeder Nachbarschaftskreis entsendet einen Delegierten in den Allgemeinen Nachbarschaftskreis, der wiederum doppelt verknüpft mit dem Allgemeinen Gemeinderat ist.

Die Mitglieder der Ausschüsse, sowie der/die BürgermeisterIn werden alternierend alle 2 Jahre mit **SK-Personenwahl** gewählt. Die Gemeinde organisiert monatliche BürgerInnen-Treffen, um Unmut aus der Bevölkerung abzuholen. Dort werden Kreise gebildet, die einen Partizipationsprozess ins Leben rufen können, den die AG Partizipationsprozesse abwickelt.

Ein gemeindewweiter Partizipationsprozess kann ebenso durch einen Gemeindeausschusskreis, den Allgemeinen Nachbarschaftskreis oder den Allgemeinen Gemeinderat ins Leben gerufen werden. Ein Partizipationsprozess für die eigene Nachbarschaft kann auch von einem Nachbarschaftskreis gestartet werden.



Partizipationsentwicklung für Gemeinden

Die folgenden Schritte der **Partizipationsentwicklung in Gemeinden** sind ein iterativer Prozess, bei dem das Evaluieren und Nachsteuern eine zentrale Rolle einnimmt. Dieser Prozess wird von einem erfahrenen Beratungsteam für Partizipationsentwicklung begleitet, der die AG Partizipationsprozesse aufbaut und diese beim Lenken der Prozesse unterstützt. Die AG Partizipationsprozesse geht von der eigenen politischen Kultur aus und wählt dementsprechend die für die Veränderung passende Geschwindigkeit.

Die Ziele werden vom Gemeinderat festgelegt und könnten z. B. lauten:

- Das Engagement und die Beteiligung der BürgerInnen bei der Bewältigung gemeinschaftlicher Herausforderungen verstärken.
- Gruppen von BürgerInnen entwickeln selbst Lösungen für ihre Probleme.
- Die BürgerInnen unterstützen die Gemeindearbeit mit hohem Engagement.
- Die Bevölkerung vertraut ihren politischen Repräsentanten und steht hinter ihnen.

Der Implementierungsprozess läuft folgendermaßen ab:

1. ExpertInnen für Partizipationsentwicklung informieren die Gemeinde über Modell-Optionen und beraten über deren Anwendung.
2. Der Gemeinderat beschließt erste konkrete Anwendungen und ein entsprechendes Budget, um erste Erfahrungen mit moderierten Partizipationsprozessen zu gewinnen.
3. Ein Pilotprojekt wird umgesetzt, evaluiert und das Ergebnis im Gemeinderat diskutiert.
4. Bei anhaltendem Interesse legt der Gemeinderat Partizipationsziele fest und beauftragt eine AG-Partizipationsprozesse Potenziale, Ziele, Kriterien und mögliche Maßnahmen (Anwendungen und Knowhow-Aufbau) zu erarbeiten, um gemeinsames Entscheiden in der Gemeinde selbständig weiterführen zu können.
5. Der Gemeinderat entscheidet über diese Vorschläge, sie werden umgesetzt und reflektiert.
6. Die Ergebnisse fließen in die AG-Partizipationsprozesse zurück, die - zusammen mit dem Partizipations-Beratungsteam - weitere Schritte zu mehr Partizipation in ihrer Gemeinde entwickelt.

Ab hier läuft der Prozess in iterativen Zyklen zwischen Schritt 5 und 6.

Ergebnis: Die Gemeinde hat durch laufendes Adaptieren der Prozesse auf Basis von Erfahrungen ein praktikables Modell für ihre eigenen Bedürfnisse und entlang ihrer eigenen Kultur entwickelt, das in der AG-Partizipationsprozesse bzw. im Partizipationssekretariat weiter verbessert und angepasst wird. Auch das benötigte Knowhow ist in der Gemeinde aufgebaut. Die BürgerInnen engagieren sich wesentlich mehr als früher, organisieren subsidiär Lösungen für ihre Probleme selbst, und unterstützen die Gemeindearbeit mit hohem Commitment zu den von ihnen mitgetragenen Entscheidungen.



Wie werden Sie Pioniergemeinde?

Wenn Sie Pioniergemeinde für das Modell werden wollen, senden Sie an einen oder eine der unten angeführten ProzessbegleiterInnen eine E-Mail oder melden Sie sich telefonisch bei uns.

Wir vereinbaren ein kostenloses Erstgespräch, bei dem wir alle Einzelheiten inklusive Förderoptionen besprechen und damit in den Partizipationsentwicklungsprozess einsteigen.

Wir freuen uns darauf, Sie dabei zu begleiten, Partizipation mit Ihren Bürgern zu etablieren oder weiterzuentwickeln und eine neue Kultur der Gemeindepolitik zu etablieren.

Wie strahlt das Modell aus? Wie geht es weiter?

Als erstes wird das Modell in einigen Pioniergemeinden erprobt und verbessert. Anschließend unterstützen wir den Zusammenschluss von Pioniergemeinden zu Netzwerken, wo die Beteiligten ihre Erfahrungen austauschen und aufgrund ihrer Erfahrungen - gemeinsam mit uns - Modelle für die Landes- und Bundespolitik entwickeln können.

Wie wir auch schon am Beispiel von Munderfing gesehen haben, werden durch die Veränderungen und den Lernprozess in der Gemeindepolitik auch Veränderungen in anderen Teilen der Gemeinde angestoßen, bei der ebenfalls eine positive Wirkung auf die Gemeinde zu bemerken ist.

ProzessbegleiterInnen

Dominik Berger ist SK-Mitentwickler, SK-Berater, Prozessbegleiter und SK-Trainer. Begleitung von partizipativen Change Prozessen in Unternehmen und Gemeinden. Co-Geschäftsführer der acceptify GmbH. Initiator des internationalen SK-Netzwerks. Beispielsweise hat er die Gemeinde Munderfing bei der Entwicklung des Munderfing Bürgerbeteiligungsmodells begleitet. Darüber hinaus: Aufbau und Begleitung von großen kooperativen Qualifizierungsnetzwerken und Bodyworker.

Kontakt: 0676 579 2234, dominik.berger@businesskonsens.eu

Werner Kratochwil ist Soziokratie-Experte i.A. (CSE) und Informatiker. Neues Modell für die UNO im Rahmen der Global Challenge mittels SKM und SK entwickelt. Begleitung, Training und Coaching von politischen NGOs, sowie einem Kunstprojekt. Zahlreiche Moderationen bei Selbstbau- und Cohousingprojekten sowie dem Soziokratiezentrum Österreich.

Kontakt: 0699/11527104, werner.kratochwil@gemeinsam-entscheiden.at

Dorothea Erharter ist Geschäftsführerin des ZIMD Zentrum für Interaktion, Medien & soziale Diversität, sowie freiberufliche Unternehmensberaterin, SK-Moderatorin und Trainerin für Systemisch Konsensieren und spezielle Gender- und Diversity-Themen. Gründungsmitglied des SK-Partnernetzwerks. Von 2015 bis 2018 Vorstand der Initiative Zivilgesellschaft. Projektleiterin zahlreicher Forschungs- und Technologievermittlungprojekte, u.a. Initiatorin des auf SK aufbauenden Projekts VREDE – A Visual Tool for Responsible Decisions.

Kontakt: d.e@zimd.at



Barbara Strauch war 2013 Mitgründerin des Soziokratie Zentrums Österreich www.soziokratiezentrum.org und leitet seit 2016 im deutschsprachigen Raum die Ausbildung für Soziokratie-ExpertInnen (CSE) in der SKM - Soziokratische Kreisorganisationsmethode nach Gerard Endenburg. Seit 2010 begleitete sie über 50 Organisationen, Unternehmen und Netzwerke bei der Einführung soziokratischer Entscheidungsstrukturen. Autorin des Buches "SOZIOKRATIE. Kreisstrukturen als Organisationsprinzip zur Stärkung der Mitverantwortung des Einzelnen", zusammen mit Annewiek Reijmer, Verlag Vahlen, März 2018

Kontakt: barbara.strauch@soziokratiezentrum.at

Erich Visotschnig ist einer der beiden Erfinder des SK-Prinzips und Autor mehrerer Bücher darüber. Er hält Vorträge und leitet Workshops und Seminare und publiziert Arbeiten zum Thema Systemisches Konsensieren. Er ist wesentlich an der Weiterentwicklung und Stabilisierung des SK-Prinzips und seiner Anwendungen beteiligt. Er berät Organisationen bei der Entwicklung von internen Entscheidungsverfahren.

Kontakt: erich.visotschnig@sk-prinzip.at

Wolfgang Kogler ist Soziokratie-Experte i.A. (CSE). Mehrjährige Tätigkeit in der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit der Stadt Graz. Moderation, Begleitung und Entwicklung von Organisationen im Aufbau soziokratischer Strukturen – mit Schwerpunkten in Gemeinschaftswohnprojekten und bei sozialen Trägern. Beschäftigt sich mit Beteiligungsprozessen von Zivilgesellschaft – speziell der Brücke zwischen NGOs und BürgerInnen im Kontext regionaler Netzwerke.

Kontakt: 0664/ 404 82 81, wolfgang.kogler@soziokratiezentrum.at

Volker Visotschnig ist SK-Mitentwickler, SK-Berater, Prozessbegleiter und SK-Trainer. Begleitung von partizipativen Change Prozessen in Unternehmen und Gemeinden. Initiator des internationalen SK-Netzwerks. Beispielsweise hat er die Gemeinde Munderfing bei der Entwicklung des Munderfing Bürgerbeteiligungsmodells begleitet.

Kontakt: 0650 384 8593, volker.visotschnig@businesskonsens.eu

Wir freuen uns darauf, unser Modell in Ihrer Gemeinde oder Stadt umzusetzen.

1 SK: Systemisches Konsensieren

2 SKM: Soziokratische Kreisorganisations methode

3 Studie „Direkte Demokratie in Österreich“ der Studiengruppe Internationale Vergleichende Sozialforschung der Karl-Franzens-Universität Graz und des Meinungsforschungsinstituts IFES

4 https://www.munderfing.at/wp-content/uploads/2019/04/Agenda21_Projekt_Abschlussbericht_Das-Munderfing-Modell.pdf

5 www.acceptify.at

6 „Konsensieren“ – genauer: „Systemisches Konsensieren“ ist eine Methode zur Bewertung von Vorschlägen, die auf einer Skala und Einwänden beruht. Hintergrund: Durch Einwände lernt man das Konfliktpotenzial kennen und es kommen häufig neue Informationen zum Vorschein. Gute Akzeptanz bedeutet Reduktion von Einwänden.

7 In Munderfing: AG Entscheidungsfindung. Da diese AG aber selbst keine Entscheidungen trifft, haben wir sie AG Partizipationsprozess genannt.